



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Stellungnahme der Großmächte zur Krise.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

Erstes Kapitel.

Die Lösung der bosnischen Krise.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Paris Nelidow vom 23. Oktober/5. November 1908.

Sie erhalten mit dem Kurier eine Abschrift meines Briefes an unsern Botschafter in Berlin über unsere Beziehungen zu Deutschland. Die große Bedeutung dieses Briefes wird Ihnen nicht entgehen. Aus allen meinen Unterredungen in Berlin ergibt sich mit vollkommener Klarheit: In der allgemeinen europäischen Situation hat sich eine radikale Veränderung vollzogen; unter dem Einfluß von politischen, ich möchte sogar sagen, historischen, unabwendbaren Notwendigkeiten haben sich die Mächte in zwei verschiedene Gruppen getrennt: auf der einen Seite Deutschland und Österreich-Ungarn, — auf der andern Rußland, Frankreich und England. Italien, durch den Dreibund gebunden, aber gleichzeitig sich zu Frankreich und zu uns hingezogen fühlend, scheint zu zögern; die Türkei wird sich auf die Seite derer stellen, die ihr neues Regime zu stützen verstehen und ihr eine uninteressierte Freundschaft zeigen. Diese neue Situation bietet uns gewiß große Vorteile, was Macht und Sicherheit anbelangt, aber sie enthält auch große Gefahren. Kaiser Wilhelm, durch das Gefühl der Isolierung oder, wie er zu sagen beliebt, „der Einkreisung“ beunruhigt, wird immer nervöser und ungeduldiger, wie aus seinem letzten englischen Interview hervorgeht. Schließlich wird der latente Gegensatz zwischen den beiden Mächtegruppen durch die abenteuerliche Politik Baron Lehrenthals ganz besonders unterstrichen. Unter diesen Bedingungen ruft die Reise Kaiser Wilhelms nach Österreich bei uns große Beunruhigung hervor. Man

versichert, die Militärpartei in Wien sei sehr kriegerisch und treibe zu einem Angriff auf Serbien; an der Spitze dieser Partei stehe der Thronfolger, aber der alte Kaiser widerseze sich allen derartigen Versuchen. Muß man nicht fürchten, daß Kaiser Wilhelm die Militärpartei unterstützen wird?

Inmitten all dieser Gefahren arbeite ich an der Lösung der bosnischen Krise. Meine Aufgabe wird durch die Gärung in der öffentlichen Meinung Rußlands und in der hiesigen Presse noch ganz besonders erschwert. Diese Gärung hat viele und verwickelte Ursachen; Erwägungen der inneren Politik spielen hierbei eine große Rolle; wenn man diese Bewegung aufmerksam untersucht, kommt man zum Schlusse, daß im Grunde genommen Rußland augenblicklich nicht kriegerisch gestimmt ist, und obgleich man der Regierung in der auswärtigen Politik auch gern Schwierigkeiten bereitet, so ist man hier trotzdem durchaus nicht geneigt, aus Vorliebe für Serbien Krieg zu führen. Aber man gibt sich bei uns nicht Rechenschaft, daß diese geräuschvolle Bewegung in Serbien und in Montenegro Illusionen hervorrufen und diese beiden Länder in ein Abenteuer stürzen könnte, in dem sie isoliert bleiben würden und von Rußland nicht materiell unterstützt werden könnten. Auch glaube ich, daß man anfängt, dieses in Belgrad und in Cetinje einzusehen; das Telegramm von Rhomiakoff hat dazu beigetragen.

Trotzdem wir die feste Hoffnung haben, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, müssen wir doch die Möglichkeit plötzlicher Komplikationen voraussehen, und meine erste Aufgabe ist es, mir ein möglichst klares Bild von dem Spiel der politischen Kräfte im gegenwärtigen Zeitpunkte zu machen. Wir kennen den Bündnisvertrag von 1879 zwischen Deutschland und Osterreich-Ungarn sehr gut in all seiner Brutalität, einen Bündnisvertrag, der augenblicklich nicht bloß in defensiver Hinsicht verstärkt worden zu sein, sondern noch eine offensive Spitze auf dem Balkanterrain erhalten zu haben scheint. Aber welches ist der genaue Inhalt der übrigen Vereinbarungen, welche den Dreibund bilden? In dieser Hinsicht finde ich in meinen Archiven keine zusammenhängende Arbeit, und mit dem Tode des Grafen Samsdorff hat alle mündliche Tradition aufgehört. Es ist sicher, daß man in dieser Hinsicht in Paris besser bewandert ist, und Sie

selbst besitzen ja ganz besondere Kenntnisse. Ihre Korrespondenz aus Rom aus den Jahren 1898 bis 1902 enthält wertvolle Hinweise auf neue Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien, welche die Bestimmungen des Dreibundvertrages merklich beeinflussen; aber seitdem haben noch andere Veränderungen der europäischen Situation stattgefunden — in erster Linie die Annäherung zwischen England und Frankreich, ein Umstand, der notwendigerweise neue Gesichtspunkte eröffnen muß.

In all diesen wichtigen Fragen würde ich gern Ihre Meinung kennen. Ich möchte vor allem wissen, wie Sie, mit Ihrer großen Erfahrung in der europäischen Politik, über die Möglichkeiten urteilen, die sich aus der jetzigen Krise ergeben könnten. Es scheint mir, daß, dank Gott, die Gefahr eines türkisch-bulgarischen Konfliktes beseitigt ist. Es bleibt die Gefahr eines austroserbischen Konfliktes, des gefährlichsten von allen. Wir tun und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um einem solchen Konflikte vorzubeugen; aber wenn er ausbrechen sollte, so würde in demselben Augenblicke die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges in nächste Nähe gerückt.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Januar 1909.

Grey teilt mir mit, er habe Cambon erklärt, es liege ihm daran, die französische Regierung davon zu verständigen, daß das Londoner Kabinett der russischen Regierung seine diplomatische Unterstützung in der Frage der Kompensation Serbiens und Montenegros versprochen habe. Grey sagt mir, er habe diesen Schritt getan, um die Lage von jedem Mißverständnis zu klären; die Schwierigkeiten, die sich bei Regelung der zwischen Österreich und der Türkei und Bulgarien schwebenden Fragen ergeben haben, beweisen aber, daß im Interesse des Friedens verlangt werden müsse, daß die serbischen Forderungen möglichst eingeschränkt werden.

Mitteilung der französischen Botschaft in Petersburg an das russische Außenministerium vom 13./26. Februar 1909.

Die lange Dauer der austroserbischen Krise und die Ungewißheit, die über den endgültigen Absichten Österreich-Ungarns und

Rußlands schwebt, ruft in Europa allgemeine Beunruhigung hervor.

Diese Lage der Dinge muß die Aufmerksamkeit der französischen Regierung im höchsten Maße auf sich lenken.

Die Gefühle Frankreichs für Rußland, sein Festhalten an dem unlösbaren Bündnis, welches die beiden Länder vereint, und die Verantwortlichkeiten, die Frankreich unter diesen Umständen auf sich nimmt, machen es ihm zur Pflicht, ohne Verzug in einen Gedankenaustausch mit der russischen Regierung zu treten, um zusammen mit ihr die Richtlinie zu untersuchen, welche sie, unter Berücksichtigung der höheren Interessen beider Länder, einhalten müssen. Die russische Regierung wird sicherlich mit der französischen übereinstimmen, daß sie beide alles tun müssen, um die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes in einer Frage abzuwenden, von der die Lebensinteressen Rußlands nicht direkt berührt werden. Die französische öffentliche Meinung würde nicht verstehen, daß eine derartige Frage zu einem Kriege führen könne, an dem sich die französischen und russischen Armeen beteiligen müßten.

Seit dem Abschlusse der Allianz haben beide Regierungen und beide Länder sich stets bereit gezeigt, ihren gegenseitigen Verpflichtungen nachzukommen, sobald ihre vitalen Interessen bedroht waren; aber umgekehrt haben sie in allen anderen Zwischenfällen des internationalen Lebens stets danach getrachtet, ihre Anstrengungen im Interesse des Friedens und der Versöhnung zu vereinigen. Dies ist heute der Fall, und dies war auch der Gedanke des russischen Außenministeriums, als es im verflossenen Oktober öffentlich erklärte, daß Rußland, welches immer seine Gefühle hinsichtlich der Ursache der gegenwärtigen Krise seien, in dieser keinen casus belli erblicke. Seither haben wir nicht aufgehört, gemeinschaftlich nach Mitteln zu suchen, um die Krise zur möglichsten Befriedigung der Balkanstaaten zu lösen, da diesen Staaten die Sympathien sowohl Rußlands als auch Frankreichs zugesichert sind.

Alle im Interesse Bulgariens unternommenen Schritte, denen beizutreten die russische Regierung uns nahelegte, sind von uns aufs wirksamste unterstützt worden.

Was die serbischen Forderungen anbelangt, welche, wie allgemein anerkannt, schwerlich zu rechtfertigen sind, so haben wir Zweifel geäußert, ob es möglich sei, sie zu verwirklichen. Aber wir haben uns der russischen Regierung angeschlossen, um zu verlangen, daß die Frage einer Konferenz unterbreitet würde. Dies ist in Wirklichkeit die einzige Schwierigkeit, für die eine andere Lösung gefunden werden muß, als die vom Belgrader Kabinett hinsichtlich seiner territorialen Kompensationsforderungen beanspruchte.

Der Augenblick ist also für Rußland und Frankreich gekommen, diese Frage gemeinschaftlich zu prüfen. Wir bitten die russische Regierung, uns ihre Ansicht mitteilen zu wollen, in der festen Überzeugung, daß die gemeinschaftliche Erörterung der Frage durch die beiden Regierungen es erlauben wird, die gegenwärtige Krise unter Bedingungen zu lösen, die für Frankreich und Rußland in gleichem Maße befriedigend sind.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswol'sky vom 11./24. Februar 1909.

.....
Es scheint mir, daß die englische Regierung sich über den Ernst der Lage deutlich Rechenschaft gibt. Dieser Eindruck wird durch alle Nachrichten bestätigt, die sie aus offiziellen und privaten Quellen erhält. Trotz des dringenden Wunsches, Serbien zu helfen, gibt man sich hier deutlich Rechenschaft, daß die Anstrengungen der Mächte hauptsächlich darauf gerichtet sein müssen, Serbien vor der Vernichtung zu bewahren, aber daß man ohne Krieg von Österreich nicht wird erreichen können, Serbien andere als ökonomische Konzessionen zu gewähren. Hardinge teilte mir heute als seine persönliche Ansicht mit, daß die allgemeine Lage weniger gespannt wäre, wenn Rußland in Belgrad erklären würde, Serbien könne weder auf territoriale Zugeständnisse, noch auf eine volle Autonomie Bosniens und der Herzegowina rechnen. Da Österreich gerade befürchtet, daß Rußland, vielleicht auch noch einige andere Mächte, die unerfüllbaren serbischen Forderungen unterstützt, so würde ein derartiger Schritt von Seiten Rußlands in Belgrad das Wiener Kabinett in hohem Maße beruhigen und dadurch die Möglichkeit einer friedlichen